

Nachrichten aus Bangladesch

Nach der Katastrophe:

Lage der ArbeiterInnen verbessern !

Auch drei Monate nach dem Einsturz von Rana Plaza in Dhaka mit über 1.100 getöteten und 2.500 verletzten ArbeiterInnen warten Überlebende und Angehörige noch immer auf angemessene Entschädigungen. Die Gewerkschaft NGWF protestierte gemeinsam mit mehreren hundert Betroffenen gegen die Beschwichtigungspolitik der Verantwortlichen. An der Demonstration nahmen auch 200 Kinder teil, die der Einsturz zu Waisen gemacht hat. Zu diesem drastischen Schritt entschloss sich die NGWF, da die letzten drei Monate erneut gezeigt haben: Ohne Druck haben die Arbeiterinnen der bangladeschischen Bekleidungsindustrie keine Verbesserung ihrer Situation zu erwarten.

Als angemessene Entschädigungen fordert die NGWF 2,8 Mio. Taka (28.000 €) für die Familien jeder Toten sowie 500.000 Taka (5.000 €) für verletzte Arbeiterinnen. Multinationale Abnehmer, lokale Fabrikbesitzer sowie die Regierung tragen die Verantwortung und müssen diese Summen aufbringen. NGWF-Präsident Amirul Haque Amin kritisierte, dass eine Reihe von Großkonzernen, allen voran die US-Multis Walmart und GAP, das Gebäudesicherheits- und Brandschutzabkommen für Bangladesch noch immer nicht unterschrieben haben. Das Abkommen eröffnet Gewerkschaften und Arbeiterinnen zumindest Möglichkeiten, sich zu organisieren, Arbeitsschutzkomitees zu gründen und Sicherheitsschulungen durchzuführen. Er wurde von BetriebsrätInnen, internationalen Gewerkschaftsverbänden und NGOs erkämpft und ist bindend. Die NGWF hofft, dass das Abkommen Räume eröffnet, die Arbeiterinnen besser organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen



Ein internationales Netzwerk zum Recht auf Organisation entlang der Textil-, Bekleidungs- und Einzelhandelskette

Nachrichten

Nr. 11

Juli 2013

Weitere Info zum Projekt:

www.exchains.org

blog.exchains.org



www.exchains.verdi.de



www.tie-germany.org

Kontakt:

tie Bildungswerk e.V.
Heidestr. 131
60385 Frankfurt
Tel: 069-97 76 06 66
info@tie-germany.org

kämpfen zu können sowie die Gebäudesicherheit zu erhöhen.

Unterdessen hat die bangladeschische Regierung das Arbeitsrecht reformiert. Nach der Katastrophe bei Rana Plaza war der Druck gewachsen, etwas für die Beschäftigten zu tun, die 75% der Exporterlöse des Landes erwirtschaften. Der versprochene große Wurf wurde die Reform allerdings nicht. Die Regierung Bangladeschs ist von jeher eng mit der Lobby der Fabrikbesitzer verzahnt und vor dieser offensichtlich in die Knie gegangen. Entsprechend finden deren Interessen auch in dem überarbeiteten Arbeitsrecht mehr Beachtung als diejenigen der ArbeiterInnen. So müssen den Arbeitgebern zwar nicht mehr die Listen von Beschäftigten vorgelegt werden, die eine Betriebsgewerkschaft gründen wollen. Es sind nun auch mehr Gewerkschaften pro Betrieb erlaubt, was die Wahlfreiheit der Beschäftigten stärkt.



Aber: gegen die alltäglichen Angriffe auf gewerkschaftlich aktive ArbeiterInnen wird immer noch nicht entschlossen eingeschritten. Wer sich organisiert, muss nach wie vor befürchten, seine Arbeit zu verlieren. Streiks können von der Regierung beendet werden, wenn sie „dem Gemeinwohl schaden“. Darüber hinaus dürfen Gewerkschaften nur mit Zustimmung des Arbeitsminis-

teriums jegliche Hilfe internationaler Verbündeter und Unterstützer annehmen. Das neue Arbeitsrecht beinhaltet einen allgemeinen Passus gegen Diskriminierung, positioniert sich aber nicht gegen die weit verbreitete sexistische Gewalt gegen Frauen in den Fabriken. Es definiert 45 Tageslöhne als „angemessene“ Entschädigung im Tötungsfall, also insgesamt ca. 50-100 Euro für eine Familie, die eine Hauptverdienerin verloren hat. Und schließlich: In den separaten Exportproduktionszonen sind Gewerkschaften nach wie vor überhaupt nicht erlaubt.

Immerhin ist die Registrierung von Betriebsgewerkschaften tatsächlich einfacher geworden. Seitdem konnte die NGWF 2 neue Betriebsgewerkschaften etablieren. 3 weitere stehen kurz davor.

Fazit für die ArbeiterInnen: Nicht einlullen lassen von willkürlichen Almosen und beschwichtigenden Reden! Nicht warten, bis die Verantwortlichen in die Gänge kommen! Das einzige was hilft: Sich in unabhängigen Gewerkschaften organisieren und für sein Recht kämpfen! Nur so kann sich wirklich etwas ändern.

Das ExChains-Netzwerk unterstützt alle Bemühungen, die diesen Prozess der Selbstorganisation fördern oder erleichtern.